

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 20.09.2007
	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 5. September 2007
Sitzungsort Seniorenbegegnungsstätte Refrather Weg	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:37 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seiten A 3 f
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2007 - öffentlicher Teil -**
Seite A 4
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2007 - öffentlicher Teil**
427/2007 *Seite A 4*
4. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite A 4*
5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
435/2007 *Seite A 4*
6. **Vorstellung der Arbeit in den Begegnungsstätten**
450/2007 *Seiten A 4 ff*
7. **Tagesveranstaltung Demenz**

	384/2007	Seite A 6
8.	Wohnen für Seniorinnen und Senioren in Bergisch Gladbach 379/2007	Seiten A 6 ff
9.	Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Senioren und Seniorinnen 400/2007	Seiten A 9 f
10.	Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates 2007 383/2007	Seite A 10
11.	Jahresbericht K - A - S Kundencenter Bergisch Gladbach 434/2007	Seiten A 10 f
12.	Sozialbericht NRW 2007 350/2007	Seite A 11
13.	Erfahrungen der Stadt Schwerte - Zuständigkeit des Sozialausschusses zur Thematik "Demografie" 354/2007	Seite A 11
14.	Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil	Seiten A 11 f

B Nichtöffentlicher Teil

Seite B 1

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am
16.05.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Bernhauser, eröffnet die 11. Sitzung des Sozialausschusses in der 7. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach. Er stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Dr. Bernhauser teilt mit, dass folgende Ausschussmitglieder vertreten werden:

- Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, ist erkrankt und wird als Ausschussmitglied von Frau Begic (SPD-Fraktion) vertreten.
- Herr Galley (SPD-Fraktion) wird von Herrn Becker vertreten.
- Frau Böcher (Fraktion KIDitiative) wird zunächst von Frau D. Alef und ab 18.30 Uhr von Frau Scherer vertreten.
- Frau Mrziglod (Integrationsbeirat) vertritt Herrn Tollih.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich bei Frau van den Berg für die Möglichkeit, in der Seniorenbegegnungsstätte Refrath tagen zu können. Er begrüßt als Vortragende zu **TOP A 6: Vorstellung der Arbeit in den Begegnungsstätten** neben Frau van den Berg Frau Brandt, Frau Sander und Frau Pohl.

Im Namen des Sozialausschusses wünscht Herr Dr. Bernhauser Frau Schöttler-Fuchs gute Besserung. Er lässt eine Karte mit Genesungswünschen herumgehen, die Frau Schöttler-Fuchs zugeschickt werden soll.

Herr Schnöring (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) beantragt, **TOP A 9: Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen und Senioren** zu vertagen.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) spricht sich gegen eine Vertagung aus, es solle nur kein Beschluss gefasst werden.

Herr Hastrich erläutert das Verfahren bei der Einbindung des Seniorenbeirates in die Vorbereitung dieses Punktes. Die Stellungnahme des Seniorenbeirates liege inzwischen vor, wurde zu seinem Bedauern aber nicht als Tischvorlage verteilt.

Im Sozialausschuss wurde Einvernehmen darüber erzielt, diesen Punkt weder zu beraten noch zu beschließen, sondern nur Fragen zum Thema zu stellen. Die Zielvereinbarung solle erneut auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen; erst danach sollen sich Finanz- und Liegenschaftsausschuss und Rat damit befassen.

<-@

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2007 - öffentlicher Teil -**

@->

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2007 - öffentlicher Teil**

@->

Auf Anfrage Frau Münzers (CDU-Fraktion) erklärt Herr Zenz, es gebe zwar eine Übersicht über die Essensgelder in den einzelnen Offenen Ganztagschulen. Diese Übersicht sei aber veraltet, eine neue Übersicht wird erstellt.

Auf Anfrage Herrn Gerhards (FDP-Fraktion) verweist Herr Hastrich auf die Beratung zum Landesfonds in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->

Herr Dr. Bernhauser trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Frau Münzer berichtet über die Eröffnung der „Bergisch Gladbacher Tafel e. V.“. Sie schlägt vor, Vertreter der „Tafel“ in die Sitzung des Sozialausschusses einzuladen, damit dieser Verein seine Arbeit vorstellen kann.

Herr Hoffstadt verweist darauf, dass die Tafel auch Bedarf an Medikamenten hat.

<-@

6 **Vorstellung der Arbeit in den Begegnungsstätten**

@->

Herr Grothe begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses und die anwesenden Gäste. Nach einer kurzen Einführung stellen Frau Brandt, Frau van den Berg, Frau Sander und Frau Pohl ihre Einrichtungen vor, wobei Frau Brandt auch die von Frau Koutsourelaki betreute Einrichtung vorstellt. Frau Koutsourelaki befindet sich im Urlaub und konnte daher an der Sitzung nicht teilnehmen. Die Powerpointpräsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Grothe bedankt sich für die Vorträge. Ziel der Arbeit sei, sich zukünftig dahingehend zu entwickeln, den „jungen“ Alten eine verstärkte Mitwirkung zu ermöglichen. Den Hochbetagten müsse durch den Ausbau des Angebotes Rechnung im Bereich der Pflege getragen werden. Er verweist auf die von den Begegnungsstätten bestückten Stellwänden und die ausliegenden Programmhefte.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich bei den Leiterinnen der Begegnungsstätten und Herrn Grothe. Bei den Begegnungsstätten handele es sich neben den Seniorenclubs und dem Seniorenbüro um eine von drei Säulen der Seniorenarbeit in Bergisch Gladbach. Die demographische Entwicklung zeige, dass es sich bei der Seniorenarbeit um eine Daueraufgabe mit wachsender Bedeutung handelt. Herr Dr. Bernhauser bittet die

Leiterinnen der Begegnungsstätten, den ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen den Dank des Sozialausschusses auszurichten.

Im Hinblick auf die große Altersspanne bei den Besuchern der Begegnungsstätten hält es Herr Dr. Bernhauser für wichtig, dass es keine Ghettos für Seniorinnen und Senioren gibt. Er begrüße daher, dass Seniorinnen und Senioren die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche wie die IGP besuchen.

Die weiteren Redner schließen sich den Dankesworten Herrn Dr. Bernhausers an.

Herr Schnöring verweist auf den in den Leitlinien niedergelegten Ausbau für Senioren mit Migrationshintergrund. Bei einer Einrichtung wurde angesprochen, dass dort viele Senioren mit Migrationshintergrund hinkommen. Hierzu fragt er nach weiteren Informationen. Außerdem fragt er nach den Wünschen, die seitens der Leiterinnen an die Politik gestellt werden.

Frau Pohl berichtet, die höhere Zahl der Senioren mit Migrationshintergrund liege weniger an einem speziellen Angebot als an der Wohngegend. Die Begegnungsstätte sei angegliedert an ein Wohnhaus mit 71 Wohnungen. Auf Wünsche der Besucher wird eingegangen.

Frau Brandt ergänzt, dass sich unter den Besuchern ihres Hauses wenige Besucher mit Migrationshintergrund befinden. Diejenigen, die kommen, seien gut integriert. Viele Migranten seien eher mit dem ZAK verbunden.

Von der Politik wird eine Erweiterung der personellen Kapazitäten gewünscht. Infolge des demographischen Wandels steigen die Besucherzahlen bereits jetzt an. Es werden auch immer neue Zielgruppen angesprochen. Jede Einrichtung habe einen eigenen Schwerpunkt entwickelt, der von den Leitungen zusätzlich abgedeckt werden müsse.

Der Verwaltungsaufwand werde auch von Seiten der Stadt immer größer.

Auf Anfrage Frau Alefs erklärt Frau Sander, bei der Betreuungsgruppe handele es sich um ein neues Arbeitsfeld, bei der an einem Nachmittag drei Stunden lang in den Räumen der Pfarrgemeinde Honorarkräfte und Ehrenamtliche Demenzkranke betreuen. In dieser Zeit können die Angehörigen andere Dinge erledigen. Den Demenzkranken wird ein qualifiziertes Angebot geboten. Den Kranken sei anzumerken, dass sie über die Abwechslung froh sind.

Die Nachfrage könne auch aus finanziellen Gründen nur zu einem Bruchteil befriedigt werden. Hinsichtlich der Finanzierbarkeit erhoffe sie sich Unterstützung der Politik. Auf Nachfrage erklärt sie, ihres Wissens sei das Angebot bei der Pflegeversicherung abrechenbar.

Auf Nachfrage Frau Schus erklärt Frau Sander, das Angebot sei nicht für alle Demenzkranke gleichermaßen geeignet. Die Erkrankung zeige sich in verschiedenen Formen und tageweise unterschiedlichen Ausprägungen. Das Konzept ihrer Einrichtung sehe eine Art Kontaktabbau vor, bei dem die Erkrankten mit den Angehörigen in der Einrichtung vorstellig werden. Auch wenn sich die Teilnehmer nicht wieder erkennen würden, übertrage sich die Atmosphäre des Hauses auf die Teilnehmer.

Herr Gerhards macht darauf aufmerksam, dass nicht mehr jeder die Einrichtungen zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen könne. Seine Frage wird dahingehend beantwortet, dass jede Einrichtung versuche, einen Fahrdienst anzubieten. Eine Einrichtung habe aus Spendenmitteln einen Bus bekommen. Ein Ehrenamtler würde den Fahrdienst mitbetreuen; allerdings fehle für einen richtigen Ausbau noch

Personal. Aus diesem Grund müsse gelegentlich der Fahrdienst abgelehnt werden. Frau van den Berg berichtet, mit der Aktion „Mensch und Arbeit“ der evangelischen Kirche oder auf ehrenamtlicher Basis werden Fahrdienste organisiert.

Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) verweist auf Finanzierungsmöglichkeiten des Fördervereins in Refrath. Grundsätzlich halte er eine staatliche Finanzierung für richtig. Das habe aber dazu geführt, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Er befürwortet eine andere gesellschaftliche Entwicklung im Bezug auf das Ehrenamt. Der Kölner Oberbürgermeister verleihe z. B. einen Ehrenamtspreis. Man müsse aber auch auf potentielle Ehrenamtler zugehen. Dies ändere nichts am erforderlichen hauptamtlichen Standard.

Herr Dr. Bernhauser unterstützt dies und verweist auf die Bestätigung, die Ehrenamtler durch ihre Tätigkeit erfahren. Er sieht in ehrenamtlicher Tätigkeit eine Bereicherung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens.

Abschließend bedankt er sich unter Beifall des Ausschusses bei den Leiterinnen und Herrn Grothe. Er sagt zu, dass die Anregungen bei den weiteren Beratungen berücksichtigt werden.

7

<-@

Tagesveranstaltung Demenz

@->

Herr Möller (Vertreter des Seniorenbeirates) berichtet über die Vorbereitung der Tagesveranstaltung und verweist auf den eigentlichen Termin am 10.11.2007. An den Vorbereitungstreffen hätten sich die Reha-Klinik in der Reuterstraße und mehrere Seniorenheime mit speziellen Angeboten für Demenzkranke sowie fünf Institutionen mit unterschiedlichen Betreuungsangeboten beteiligt. Daraus habe sich eine Vernetzung ergeben. Der Seniorenbeirat beteilige sich an der Veranstaltung zusammen mit der Alzheimer-Selbsthilfegruppe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8

<-@

Wohnen für Seniorinnen und Senioren in Bergisch Gladbach

@->

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich für die umfangreiche Vorlage. Er versteht die Vorlage als Zwischenbericht, weil noch ein wohnungspolitisches Handlungskonzept erstellt werden soll. Dieses müsse dann u. a. im Sozialausschuss beraten werden.

Frau Münzer verweist auf das Stichwort „ambulant vor stationär“. Es sei immer wieder deutlich geworden, dass Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen Wohnungen bleiben möchten. Neue Wohnungen sollten von Anfang an barrierefrei gebaut, bestehende Wohnungen ggfs. umgebaut werden. Außerdem sollten die notwendigen Dienste angeboten werden, die ein Verbleiben in der eigenen Wohnung ermöglichen. Sie halte es für wichtig, in den entsprechenden Ausschüssen darauf zu achten, wie zukünftig gebaut wird. Auch auf die Bezahlbarkeit des Wohnraums müsse geachtet werden. Ein Heimplatz sei entschieden teurer und für viele unbezahlbar.

Herr Dr. Bernhauser sieht das genannte Stichwort als politische Zielsetzung.

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob die von Frau Münzer angesprochenen Ziele über die Bauordnung oder auf welchem Weg sonst beeinflusst werden können. Barriere-

freie Wohnungen kämen auch Familien mit Kinderwagen zugute. Er erhoffe sich die Klärung dieser Frage in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Hoffstadt verweist darauf, dass lt. Vorlage stationäre Plätze ausreichend vorhanden seien.

Herr Möller hält es für einen negativen Gesichtspunkt, bei Alten- und Pflegeheimen „dem Bau weiterer Projekte steuernd entgegen zu wirken“. Er versteht diese Formulierung im Sinne einer Begleitung der Projekte.

Dazu erklärt Herr Mumdey, im Gesetzssystem liege ein Fehler vor. Die bei den Senioren am wenigsten gefragte Wohnform biete Investoren die größte Verdienstmöglichkeit. Dies führe dazu, dass eigentlich nicht erforderliche Heime gebaut würden und die öffentliche Hand überdimensional viel Geld kosten. Unter diesem Problem leiden die am meisten, die wie Bergisch Gladbach eine besonders attraktive Wohnsituation bieten. Die Formulierung sei bewusst so gewählt worden und zutreffend.

Herr Möller verweist auf die Möglichkeit, dass sich die Tendenz, eher zuhause als in Heimen zu pflegen, auch wieder umkehren könne. Unter „Betreutem Wohnen“ verstehe jeder etwas anderes. Daher müsse im Einzelfall geprüft werden, was sich dahinter verberge. Ihm seien Klagen bekannt geworden, in denen Senioren mit dem Mietvertrag zufrieden seien, aber nicht mit dem Betreuungsvertrag. Es sei nicht möglich, nur einen der beiden Verträge zu kündigen.

Anstelle eines Gefühls der Sicherheit sei ihm lieber, von einer tatsächlichen Sicherheit auszugehen. Diese könne aber niemand garantieren. Zum „Wohnen in Gemeinschaften“ verweist er darauf, die Bildung solcher Gemeinschaften sei sehr schwierig. Zu den auf Seite 25 der Einladung genannten Angeboten gehöre auch das Junkersgut. Die Anlage 3 enthalte noch nicht die Planungen auf dem Grundstück „Alte Feuerwache“ vom Helmut-Hochstädter-Haus.

Herr Dr. Bernhauser geht davon aus, dass die Vorlage nicht im Seniorenbeirat beraten wurde. Herr Möller bestätigt, dass hierzu keine intensive Beratung erfolgt sei. Herr Dr. Bernhauser hält es für sinnvoll, künftig solche Vorlagen im Seniorenbeirat vorzubereiten. Dazu verweist Herr Möller darauf, dass der Seniorenbeirat nur alle zwei Monate tagt. Dann sei die Tagesordnung sehr lang; nicht jede Vorlage könne so detailliert wie gewünscht beraten werden.

Herr Schnöring hält die Wohnform für untrennbar von der Form der Betreuung. Bei den Leitlinien würden ihm dazu Aussagen fehlen. Neu sei die 24-Stunden-Betreuung. Solche Angebote können mit deutschem Personal nicht finanziert werden. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ sei zwar gut, in finanzieller Sicht, für die Angehörigen und die Betroffenen stoße man da an Grenzen, wenn kein geeignetes bezahlbares Fachpersonal zur Verfügung steht.

Herr Pick (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass zunehmend die Infrastruktur auf eine junge und bewegliche Gesellschaft ausgerichtet ist. Hier sehe er dringend eine erforderliche Kurskorrektur.

Frau Münzer merkt zur Wortmeldung Herrn Schnörings an, idealerweise würden in den Häusern, in den Senioren in Wohnungen lange leben können, auch Dienste angesiedelt. Es gebe schon Wohnformen, in denen im Haus ein Sozialdienst angesiedelt sei.

Weitere Handlungsmöglichkeiten der Politik sieht sie im Planungsausschuss. Sie ist davon überzeugt, dass auf Planungen finanzkräftiger Investoren durchaus Einfluss genommen werden könne. Ein mitten in der Stadt geplantes Haus müsse nicht unbe-

dingt viele Pflegeplätze enthalten. In solchen Fällen halte sie Möglichkeiten Betreuten Wohnens für sinnvoller.

Herr Bierganns (BfBB-Fraktion) verweist darauf, dass die Pflegekontrolle in den Heimen beim Kreis liege. Weil die Pflegekontrolle mangelhaft sei, habe er sich dafür ausgesprochen, den Seniorenbeirat an diesen Kontrollen zu beteiligen.

Herr Hastrich erklärt, die Pflege sei in Ermangelung einer städtischen Zuständigkeit nicht Gegenstand der Vorlage.

Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt bei Bauprojekten mit Seniorenangeboten tendiert gegen Null, wenn nicht ein städtisches Grundstück beplant oder bebaut werden soll. Die Bauleitplanung lasse z. B. eine Beschränkung nur auf Betreutes Wohnen nicht zu. Die Investoren orientieren sich an der größten Rendite. Das sei derzeit die stationäre Pflege.

Es gebe inzwischen eine Abstimmungsgruppe zwischen den beteiligten Fachbereichen der Stadtverwaltung und dem Kreis, um die wenigen Steuerungsmöglichkeiten voll zur Wirkung kommen zu lassen.

Die Aufstellung auf Seite 29 (Anlage 3) stammt vom für die Bedarfsplanung zuständigen Kreis. Diese Aufstellung sei für den Kreisgesundheitsausschuss erstellt worden; sie sei wegen häufiger Änderungen nicht mehr aktuell. Die Bebauung des Standortes „Alte Feuerwache“ werde in der Tat derzeit diskutiert.

Die Aussage, dass mittelfristig ausreichend viele Plätze in der stationären Pflege zur Verfügung stehen, bezieht sich darauf, dass unter Berücksichtigung der 400 noch zu bauenden Plätze der derzeit absehbare Bedarf bis 2030 in Bergisch Gladbach befriedigt werden könne.

Das Landesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen enthält eine Regelung, wonach Investoren in Wohnobjekte für mehrere Parteien barrierefreie Wohnungen einbauen müssen. Perspektivisch bestehe insofern eine Besserung im Mietwohnungsbau. Anderes gelte für den Bestand, weil für Umbaumaßnahmen nur beschränkt Mittel zur Verfügung stehen.

Die Anregung nach einer Beteiligung des Seniorenbeirates an solchen Vorlagen falle bei der Verwaltung auf fruchtbaren Boden. Mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Kautz, sei vereinbart worden, diese Vorlage in einer der nächsten Sitzungen des Seniorenbeirates zu beraten. Die Vorlage zu TOP A 9 habe er am Montag ausführlich mit dem Seniorenbeirat erörtert.

Herr Becker (SPD-Fraktion) hält es für durchaus möglich, dass der Seniorenbeirat zur Beratung umfangreicher Vorlagen eine Sondersitzung einberuft. Zu TOP A 9 war die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung leider schlecht. Deshalb begrüße er die Verschiebung dieses Punktes, damit die Parteien die Stellungnahme des Seniorenbeirates beraten können.

Herr Dr. Bernhauser hält den Hinweis für wichtig, die Wohnsituation im Sinne einer seniorengerechten Infrastruktur zu betrachten. Ebenso wichtig sei die Kontaktaufnahme mit dem Kreis gerade hinsichtlich der Planung der Heime und der Heimaufsicht. Die Möglichkeiten der Einflussnahme seien aber gering. Im Rahmen der Entwicklung der wohnungspolitischen Leitlinien werde sich der Ausschuss wieder mit dieser Problematik befassen.

@->

Herr Dr. Bernhauser erinnert an die Diskussion zu Beginn der Sitzung über die Frage, ob diese Vorlage heute behandelt werden sollte. Er habe angeregt, die Vorlage nicht zu diskutieren, aber Anregungen zu geben. Die Anregungen des Seniorenbeirates sowie des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann liegen bereits vor. Weitere Anregungen werden gesammelt; die Verwaltung erstellt zur nächsten Sitzung eine neue Vorlage.

Frau Bendig (CDU-Fraktion) erklärt, die Arbeitsgruppe ihrer Fraktion halte die Stellenbeschreibung zum Seniorenbüro auf Seite 36 im Hinblick darauf, dass die Arbeit getan würde, für unpassend. Sie bitte um eine andere Formulierung.

Herr Hoffstadt schließt sich dem an und erklärt, Aussagen, die sich auf eine klar identifizierbare Person beziehen, gehörten nicht in eine Vorlage. Er spricht sich für eine Entschuldigung aus und wünscht dazu einen entsprechenden Vermerk in der Niederschrift.

Für die SPD-Fraktion schließt er sich dem Vorschlag des Vorsitzenden an und verweist darauf, dass entsprechend der einschlägigen Satzung der Seniorenbeirat bei allen wichtigen und grundlegenden Fragen zu beteiligen ist. Diese Beteiligung sei hier unterblieben. In der nächsten Sitzung sollen die Vorschläge des Seniorenbeirates in der Vorlage gewürdigt und abgewogen werden.

Auf Anfrage Frau Schus erklärt Herr Dr. Bernhauser, die Beratungen im Finanz- und Liegenschaftsausschuss und im Rat würden ebenfalls verschoben.

Herr Gerhards (FDP-Fraktion) spricht sich für eine gute Erreichbarkeit der Einrichtungen aus. Er möchte wissen, ob den Einrichtungen Autos oder ein Fahrdienst zur Verfügung steht. Auch fragt er nach der Zusammensetzung der 3,0 Planstellen.

Frau Scherer (Fraktion KIDitiative) fragt unter Hinweis auf Seite 45 der Einladung, wie bei dem Haushaltsvolumen die Erhöhungen der jährlichen Beiträge begründet werden.

Herr Hastrich räumt ein, dass die Beteiligung des Seniorenbeirates nicht optimal abläufe. Grund sei der zwischenzeitliche Personalwechsel. Dies ändere aber nichts an der Absicht der Verwaltung, gut mit dem Seniorenbeirat zusammenzuarbeiten. Besonders peinlich sei ihm, dass die Tischvorlage nicht verteilt wurde, zumal er dies dem Seniorenbeirat zugesagt habe. Dafür entschuldige er sich.

Zum Vorschlag Herrn Dr. Bernhausers, die kritisierten Passagen auf Seite 36 zu streichen, bedauert Herr Hastrich, wenn die Stellenbeschreibung einer bestimmten Person zuzuordnen sei. Ziel der Formulierung sei die Beschreibung des Stellenprofils gewesen. Das Profil wurde zutreffend beschrieben und beruhe auf den Anforderungen des Kreises.

Auf der Zielvereinbarung aufbauend sollten die Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der Seniorenarbeit abgeschlossen werden. Die jetzigen Leistungsvereinbarungen laufen mit dem 31.12. aus. Er bittet um die Möglichkeit, parallel zur Beratung in den Ausschüssen die neuen Leistungsvereinbarungen mit den Trägern verhandeln zu können.

Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

<-@

10 Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates 2007

@->

Frau Münzer lobt unter Beifall des Sozialausschusses den Seniorenbeirat für seine intensive und gute Arbeit und bedankt sich für seinen Einsatz.

Herr Schnöring verweist auf ein Modellprojekt Stadtmitte – Hilfe für Ältere und Menschen mit Behinderungen im häuslichen und privaten Bereich in Zusammenarbeit mit der Caritas und erbittet dazu Informationen. Die Verwaltung sagt zu, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Herr Becker erklärt, dies entspreche in etwa der Alten- und Familienhilfe Refrath.

<-@

11 Jahresbericht K - A - S Kundencenter Bergisch Gladbach

@->

Herr Dekker erläutert die Vorlage. Fragen verschiedener Ausschussmitglieder beantwortet er dahingehend, dass sich an der Vorgehensweise wegen unangemessen hoher Wohnungskosten im Vergleich zum letzten Jahr nichts geändert habe. Es sei aber niemand aus diesem Grund wohnungslos geworden. Die Fallmanager würden auf Möglichkeiten wie den früheren Löwenpass hinweisen. Gerade zum ehemaligen Löwenpass lief die Ausgabe der Gutscheine sehr intensiv.

„Integration“ sei ein Terminus der Bundesanstalt für Arbeit. Die Integrationsquote werde nach einem Schlüssel bemessen, der nichts über die Nachhaltigkeit der Integration in den Arbeitsmarkt aussage. Ausreichend sei eine Vermittlung für mindestens sieben Tage. Auch wenn der- oder diejenige am achten Tag wieder vorspreche, sei die Integration erfolgreich gewesen.

Auf Nachfrage Herrn Möllers erklärt Herr Dekker, dass es auch bei der K – A – S Fälle gebe, in denen nach relativ kurzer Zeit, wenn auch nicht nach acht Tagen, eine Maßnahme oder Beschäftigung beendet wurde.

Frau Schu spricht die Möglichkeit an, dass jemand mehrere Vermittlungen kurzfristig beendet und möchte wissen, wie in solchen Fällen vorgegangen wird. Herr Dekker verweist darauf, dass es auch in solchen Fällen möglicherweise nachvollziehbare Gründe gebe, denen durch andere Maßnahmen begegnet werden könne.

Verstärkt müssten Fälle bearbeitet werden, bei denen es sich um Vorbezieher nach SGB III handelt. Diese würden behandelt wie jemand, der direkt Leistungen nach SGB II beantragt. Die Maßnahmen richten sich nach dem Einzelfall. Nach einjähriger Arbeitslosigkeit seien die Chancen auf eine Vermittlung aber höher als nach einer längeren Arbeitslosigkeit.

Es werde nicht geprüft, ob eine weitere schulische Ausbildung bis zum Abitur sinnvoll sei. Es sei aber vom Einzelfall abhängig, ob mit dem vorhandenen Schulabschluss eine Vermittlung in eine Ausbildung möglich sei. Eine Mitfinanzierung der Schulausbildung zum Abitur sei aber möglich. Weder ihm noch Herrn Manderfeld ist ein entsprechender Fall bekannt, in dem ein Widerspruchsverfahren anhängig ist. Herr Manderfeld ergänzt, niemand würde aufgefordert, eine Schulausbildung sofort zu beenden. Allerdings müssten konkrete Vermittlungsvorschläge wahrgenommen werden.

<-@

12 Sozialbericht NRW 2007

@->

Herr Dr. Bernhauser präsentiert eine Langversion des Sozialberichtes. Eine Kurzfassung könne heruntergeladen werden. Es handle sich eher um einen Armutsbericht,

der die Lebenslagen armer Menschen beschreibe. Erstmals wurde ein kleines Kapitel eingefügt, das von den Wohlfahrtsverbänden erstellt wurde. Eine Broschüre zu diesem Kapitel wird von Herrn Dr. Bernhauser zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.

<-@

13 **Erfahrungen der Stadt Schwerte - Zuständigkeit des Sozialausschusses zur Thematik "Demografie"**

@->

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass es sich um einen Zwischenbericht handelt. Der Punkt stehe auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung.

<-@

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

@->

Herr Schnöring

1. Meine Frage betrifft die beiden Objekte Kauler Str./Rosenhecke. Sind die Verhandlungen zwischenzeitlich abgeschlossen? Wenn ja, welche Kosten sind für die Stadt entstanden?

Hierzu erklärt Herr Hastrich, die Verhandlungen würden im Fachbereich 8 - Grundstückswirtschaft geführt. Herr Dr. Bernhauser geht von einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage aus.

2. Es sollte für den Bereich der Unterbringungssituation eine neue Konzeption entwickelt werden. Wann wird sie im Sozialausschuss behandelt?

Herr Hastrich erklärt, Ziel sei eine Beratung in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Gerhards

Ich komme auf die Situation von ALG II-Empfängern zurück. Bei der Beratung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ habe ich berichtet, dass mir unterschiedliche Zahlen zum rechnerischen Tagesbedarf vorliegen. Von Herrn Dekker oder Herrn Manderfeld möchte ich wissen, wie sich der Tagesbedarf von ALG II-Empfängern für Kinder darstellt.

Eine schriftliche Beantwortung wird zugesagt.

Frau Münzer

Im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann wurden Situation und Umgang minderjähriger Schwangerer beraten. In dieser Sitzung haben Vertreterinnen von Pro Familia und esperanza u. a. berichtet. Ich schlage vor, diese Referentinnen auch im Sozialausschuss zu hören.

Herr Hastrich verweist auf die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses für diesen Punkt.

Herr Dr. Bernhauser schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 19.32 Uhr. <-@